

## **„Eine reiche Zeit“**

### **Hans Maier in der Vortragsreihe „Wie schmeckte die Bundesrepublik?“ über Kultur in der Nachkriegszeit**

„Ich darf Sie diesmal zu einem Streifzug durch die alte Bundesrepublik einladen.“ – Mit diesen Worten begrüßte Dr. Hans Maier (ehemaliger Staatsminister und Professor der LMU München) am 28. April die Gäste im Stadtmuseum Dresden zur vierten Veranstaltung der Reihe „Wie schmeckte die Bundesrepublik?“ des politischen Bildungsforums Sachsen. In seinem Vortrag sprach er über das Thema „Kultur in der Nachkriegszeit: Schulen, Hochschulen, Künste“. Er scheint, wie kein anderer, für dieses Thema geeignet zu sein. So hatte er von 1970 bis 1986 das Amt des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus inne und ist unter anderem Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste.

#### **Bildung in der frühen Nachkriegszeit**

Als der 2. Weltkrieg zu Ende ging, war Maier 14 Jahre alt. Er hat den Umbruch im Schulsystem also direkt miterlebt. Sein Heimatort, Freiburg im Breisgau, lag damals in der französischen Besatzungszone. Hier habe das französische Schulsystem mit „Leistungsbezogener Strenge und Disziplin“ und dem Ziel der „Erziehung zu Höflichkeit und Geselligkeit“ geherrscht, so Maier. Ähnlich wie in der französischen Besatzungszone, versuchten auch die Amerikaner und Briten in ihren jeweiligen Besatzungszonen, die Schule nicht einfach nur wieder zu eröffnen, sondern gleich neu zu gestalten. Man habe versucht, die Schulen im Zuge der „Reeducation“ – eine Bildungs-Maßnahme der Entnazifizierung - zu „Pflanzstätten der Demokratie“ zu machen, erklärte Maier.

Dennoch blieb das typische deutsche Schulsystem mit seinem tief verankerten beruflichen Bildungswesen, dass Theorie und Praxis vereinte, erhalten. Laut Maier habe genau dieses System bis heute immer wieder drohende Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik verhindert. Bemerkenswert sei in der Nachkriegszeit auch die schon früh einsetzende, bundesweite Zusammenarbeit der Länder in der Bildungspolitik gewesen. Schon 1948 – ein Jahr vor Gründung der Bundesrepublik – trafen sich die Erziehungsminister aller vier Besatzungszonen zur Kultusministerkonferenz. Ziel war es die Maßnahmen im Bildungswesen aufeinander abzustimmen. Die nächste Konferenz fand 1990 statt.

#### **Bildungsexpansion der 60er Jahre**

In den 60er Jahren kam es in der Bundesrepublik zu einer regelrechten Bildungsexpansion: Die Abiturienten-Zahlen vervierfachten sich und die Zahl der Lehrer stieg um rund 80 Prozent. In Rekordtempo wurden neue Hochschulen und Universitäten gegründet und immer mehr Schüler besuchten eine Realschule oder ein Gymnasium.

Auch inhaltlich gab es einige Veränderungen: In den Lehrplänen habe man in den 60er Jahren – anders als davor - vor allem die Ziele der Bildung festgehalten. Der Stoff galt dabei nur als Weg zum Ziel, erklärte Maier.

Außerdem habe es zu dieser Zeit an den Schulen einen „Prozess der Individualisierung gegeben“, der auf der einen Seite den Oberschülern mehr Wahlfreiheit gegeben habe, auf der anderen Seite dadurch aber auch den „Charakter (der Schule) als Lebensraum für Heranwachsende“ zerstört und den Leistungsdruck erhöht habe, so Maier.

Ende der 60er Jahre stellte das Bundesverfassungsgericht weichen, die bis heute die Schulpolitik bestimmen. Es forderte, dass alles Wesentliche der Bildungs-Politik gesetzlich festgehalten werden solle. In diesem Zuge wurden beispielsweise Rahmenrichtlinien für den Deutsch- und

Geschichts-Unterricht festgelegt und die Fünf-Tage-Woche gesetzlich niedergeschrieben. Das Schulrecht sei in dieser Zeit auf das 20-Fache seiner bisherigen Größe angeschwollen, betonte Maier. Die Schulpolitik sei somit beinahe zementiert worden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Bundesrepublik seit den 60er Jahren einen wachsenden Teil des Volksvermögens in die Verbreiterung des Bildungswesens investiert.

### **Kunst und Kultur**

Auch die kulturellen und künstlerischen Stätten, wie Theater, Orchester oder Museen mussten nach Kriegsende neu aufgebaut werden. Die Zuständigkeiten lagen damals bei den Ländern und Gemeinden. Sie würden auch heute noch rund 90 Prozent der Kosten übernehmen, so Maier. Für Künstler, Kulturschaffende und Kunst-Ausstellende gab es – getreu dem föderalistischen Prinzip der neuen Bundesrepublik - keinen zentralen Ansprechpartner, sondern viele. Dazu gehörten unter anderem Kirchen, Stiftungen, Medien und Verbände. Der Gedanke dahinter stammt von den Schöpfern des Grundgesetzes. Sie hätten in dem föderalistischen Prinzip die besten Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Entwicklung von Kunst und Kultur gesehen, erklärte Maier.

Eine kulturelle Bereicherung in der Nachkriegszeit stellte zudem das Übergeben von fürstlichen und privaten Sammlungen an öffentliche Einrichtungen dar. Die hohen Instandhaltungskosten der Kunstwerke hätten aber nach dem zweiten Weltkrieg zu einer kontinuierlichen Abnahme deutscher Museen geführt. Dafür gäbe es aber eine Vielzahl anderer Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur. Maier verwies hier unter anderem auf staatliche Bibliotheken, Landesfilmdienste, Akademien der Künste und zahlreiche Ausbildungsstätten für künstlerischen Nachwuchs.

Zum Schluss zog Maier noch ein persönliches Fazit über die Kultur in der Nachkriegszeit: Im Großen und Ganzen sei die Zeit nach 1945 eine reiche Zeit voller Anregungen gewesen, die ihn bis heute bereichere.